D2 Eigenständig und verbunden mit der Gesellschaft: Politik von den Aufgaben her denken und danach handeln

Antragsteller*in: Wolfgang Grassl (KV Oberhavel)
Tagesordnungspunkt: TOP 1. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Wir können die Angst vor einer Zukunft, die wir fürchten, überwinden durch Bilder und Taten für eine Zukunft, die wir wollen. Diese Bundestagswahl ist anders. Sie kann für viele Menschen zu einer Energiequelle werden, die uns aufrichtet, die Hoffnung gibt, andere ansteckt, die Orientierung bietet.

Die vorgezogene Bundestagswahl im Februar erfordert unsere ganze politische Kraft und Konzentration. Wir wollen mit Robert Habeck als Kanzlerkandidat und mit Annalena Baerbock als unsere Außenministerin und Spitzenkandidatin in Brandenburg ein bestmögliches Ergebnis erzielen und uns darauf bis Ende Februar konzentrieren.

Wir wollen unser Land nicht jenen überlassen, die ignorieren, dass unsere Lebensgrundlagen gefährdet sind, nicht jenen, die alles Grüne verachten, nicht jenen, die Egoismus statt Freiheit, und Populismus statt Demokratie verfolgen und nicht denen, die Koalitionen mit Despoten suchen.

Wir wollen unsere Zukunft und die unserer Kinder und Enkel nicht jenen überlassen, die unser Land durch eine über Jahrzehnte verfehlte Politik in eine Krise gestürzt haben. Die sich ausgeruht haben auf Wachstum und Wohlstand in einer Zeit, deren Wirkungsgeschichte zu Ende ist. Die vielen Baustellen unserer Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Verkehr und Energie sind das Ergebnis einer zukunftsfreien, entleerten und feigen Politik unter Federführung von CDU/CSU, SPD und FDP, die Diskussionen gescheut hat, Konflikte nicht benannt hat und alles dafür getan hat, mit Sand in den Augen wiedergewählt zu werden, ohne die notwendigen Aufgaben anzupacken.

Auszusprechen was der Fall ist und danach zu handeln, ist die Grundlage einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Politik. Es ist für Politiker*innen nicht immer der einfachere Weg. Aber er löst Probleme, ermöglicht ein besseres Leben für alle und stabilisiert das notwendige Vertrauen in Parteien, Parlamente und die parlamentarische repräsentative Demokratie als Staatsform. Dafür lohnt es zu kämpfen.

Begründung

Im ersten Antrag (Geschäftsordnungs-Antrag) sprechen wir uns dafür aus, die Tagesordnung zu ändern und die Landtagswahl erst nach der Bundestagswahl auszuwerten, damit wir uns jetzt nicht mit uns selbst beschäftigen, sondern auf die vorgezogene Bundestagswahl konzentrieren.

Dieser zweite Antrag lenkt unsere Aufmerksamkeit auf die Bundestagswahl. Aktuell werden die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und die eigentliche Wahlkampfstrategie auf Bundesebene erarbeitet. Diesem Prozess können und sollten wir auf Landesebene nicht vorgreifen. Sehr wohl können wir aber die politisch, gesellschaftliche Situation unserer Gegenwart und politische Prozesse in der Vergangen, die auch zu dieser Gegenwart führten, benennen.

Dieser Antrag soll den politischen Ort in unserer Gegenwart beschreiben von dem aus wir einen kraftvollen, engagierten Wahlkampf bestreiten wollen.

Unterstützer*innen

Regina Bode, Andre Klein, Annemarie Schumacher, Markus Baluška, Tristan Hoffmann, Elisabeth Mandl-Behnke, Marian Rahn, Daniel Wedewardt, Linda Weiß, Jörg Rieche, Sven Wroblewski, Klaus Butzinski-Stock, Vera Stock, Marcus Albert, Ingrid Hüchtker, Horst Lompe, Steffi Bernsee, Nils Juncken, Oliver Schmitz-Hennemann, Susanna Sandvoss, Tyler Weidner